

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

228 (30.9.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Werlag mittags Geschäftszeit: 12-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Preis: Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schlußd. Annahme 1/2 Uhr vorm. für gedr. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Co., Karlsruhe.

Entscheidungsschwere Stunden

Karlsruhe, 30. September.
Zwischen Czerna und Bardar hat die Saloniki-Armee die Entente, verstärkt durch die benizelstischen Griechen, erfolgreich die Bulgarenfront durchbrochen und ist in stürmischen Vormarsch über Duhende von Kilometern feilschmiedig bis Beles vorgebrungen. Auch die anschließenden bulgarischen Truppenkörper haben nachgeben müssen, und bei Strumica haben feindliche Vortruppen bulgarisches Gebiet erobert, das bisher während dieses Weltkrieges von keinem Feind betreten worden war. In dieser Lage hat der bulgarische Ministerpräsident Malinow an den Führer der Ententetruppen das Ersuchen um sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen geschickt. Damit ist eine höchst kritische Situation entstanden, deren Ernst von niemandem verkannt werden kann.

Angenommen, Bulgarien schließt mit der Entente Frieden, etwa auf der Grundlage, daß König Ferdinand und sein Geschlecht der Coburger den Thron verlieren, Bulgarien seinen Anspruch auf Mazedonien größtenteils aufgibt, aber dafür eine erste Hypothek auf den Rest der europäischen Türkei erhält, so wäre die Verbindung zwischen den Mittelmächten und der Türkei ernsthaft bedroht, die Türkei selbst, von der zwei Armeen in Palästina von den englisch-amerikanischen Truppen hart geschlagen worden sind, schwer zu halten. Auf dem ganzen Balkan bildete sich eine Situation heraus, welche für die Mittelmächte bedrohlich wäre und mindestens ein starkes Truppenangebot notwendig machte. Die Rückwirkung dieser Ereignisse auf Oesterreich-Ungarn, von dem wir wissen, wie sehr es unter der Last des Krieges leidet, wäre nicht gering anzuschlagen. Kurz, die Bundesmächten, mit denen wir vier Jahre hindurch Leiden und Siege geteilt, wären unmittelbar gefährdet.

Über soweit sind die Dinge heute noch nicht. Es steht noch nicht fest, ob Malinow nur unter dem Schreck der überhandnehmenden Niederlage oder nach einem lange vorbereiteten Plan gehandelt hat, den die jüngsten militärischen Ereignisse nur zur Tat reifen ließen. Ein unbedingt zuverlässiger Bundesgenosse, wie es Bulgarien unter der Regierung Radoslawow war, blieb es jedenfalls unter Malinow, dem früheren Kutsenfreund, nicht.

Gerade diese Gegenüberstellung zeigt indessen schon an, daß in Bulgarien zwei große Strömungen miteinander ringen, und vielleicht ist die Annahme nicht unbegründet, daß der erbitterte Kampf der beiden Gruppen auch zu dem überhandnehmenden Verlagen der bulgarischen Kampfkraft beigetragen hat.

Einstweilen sind starke deutsche und österreichisch-ungarische Kräfte auf dem Anmarsch an die Salonikfront, und von ihrem rechtzeitigen Eintreffen und dem Ausmaß ihres Wirksamwerdens hängt natürlich auch politisch-außereordentlich viel ab. Ebenjowenig wie dieser militärische Faktor läßt sich im Augenblick die Stärke der beiden innerpolitischen Strömungen in Bulgarien genau abschätzen. Die Dinge stehen auf des Messers Schneide und jede Stunde kann die Entscheidung darüber bringen, ob es gelingt, Bulgarien als Verbündeten festzuhalten oder ob es durch einen Sonderfrieden verloren geht.

Wiß Klarheit darüber geschaffen ist, läßt sich politisch nichts weiteres tun. Jedenfalls ist die ganze Größe der Gefahr, in der Deutschland schwebt, mit einem Schlage vor aller Auge getreten. Wir durchleben eine Kriegskrise, die vielleicht noch ernstest ist als die im Herbst 1916, da nach dem Siegen von Brussilow inmitten der Sommerkämpfe Rumänien den Krieg erklärte. Die Entente setzt alles daran, um durch Neuangriffe auf allen Fronten mit dem höchsten Ansehen ihrer Machtmittel noch in diesem Herbst die Entscheidung herbeizuführen und Deutschland den Frieden zu verhüten. Dieser Friede wäre wahrscheinlich nicht billig und wäre kein Friede der Verständigung, kein Friede ohne Annexionen und Entschädigungen.

Gelingt es noch einmal, diese Kriegskrise zu überwinden, so bleibt gleichwohl die Aufgabe unaufschiebbar, Deutschlands letzte Volkskraft zum Widerstand zusammenzufassen. Die bisherige Regierungsweise gegeneinander arbeitender Kräfte ist vollkommen unmöglich geworden, jeder Aufschub und jede Halbheit fürder unerträglich.

Das empfinden alle Hüben und drüben. Graf Reventlow schreibt in der „Deutsche Tageszeitung“:

„Die Zeit drängt! Reich und Nation kämpfen um ihr Leben, alle Kräfte müssen darauf vereinigt, einheitlich mühe über sie verfügt werden können.“

Graf Reventlow erstrebt natürlich die Diktatur eines Generals. Auch das wäre eine Lösung, wenn auch eine, die wir für verhängnisvoll hielten. Will man sich zu diesem Experiment auf Tod und Leben nicht entschließen, dann bleibt nur die andere, unabwiesbare Kriegsnotwendigkeit, der sofortige Übergang aller Macht auf eine rein parlamentarische Zivilregierung.

Der Hauptausbruch hat sich bis zum heutigen Montag verzögert. Wir glauben nicht, daß diese Woche vorübergehen kann, ohne daß ein festes System verwirklicht wird.

Der Schritt Bulgariens.

London, 27. Sept. (Privattelegramm.) Das Reutersche Bureau teilt mit, daß die englische Regierung heute von amtlich ermächtigter Stelle ein Ansuchen Bulgariens um einen Waffenstillstand zum Zwecke einer Friedensbesprechung erhalten habe. Es wird nicht angenommen, wie aus Deutschland berichtet wird, daß dies eine Maßnahme Malinows aus eigenem Antrieb sei. Es wird betont, daß tatsächlich eine Antwort an Bulgarien erst nach einer Beratung unter den Alliierten folgen werde. In wohlunterrichteten Kreisen wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß jeder Friede in Bulgarien eine ungeheuerliche Wirkung habe und mit Rücksicht auf die Ereignisse in Palästina eine tiefgehende Wirkung auf die Türkei haben würde. Er würde auf die Lage in Saloniki und unter Umständen auf die Türkei wirken und die Streitkräfte in Mesopotamien und Palästina freimachen. Er würde den Weg ins Schwarze Meer öffnen, denn man sei der Ansicht, daß dies eine Hauptbedingung jedes möglichen Friedens mit Bulgarien sein würde. Weiterhin würde er der Bedrohung des Ostens durch Deutschland ein Ende machen, würde auch eine große Veränderung in der Lage Rußlands bewirken. Jede Verbindung Deutschlands nach dem Osten würde durch einen Frieden mit Bulgarien abgeschnitten werden.

Paris, 28. Sept. Agence Havas. Die mit Bulgarien kriegführenden Ententeregierungen sind mit Vorschlägen Frankreichs betreffend die auf die bulgarische Note zu erzielende Antwort befaßt worden. In Unterredungen Clemenceaus mit Lloyd George konnte Uebereinstimmung in allen Punkten festgestellt werden.

Die Haltung Oesterreich-Ungarns.

Wien, 28. Sept. Bei ihrer Besprechung der möglichen politischen und militärischen Folgen der Vorgänge in Bulgarien für die Mittelmächte betonten die Blätter wiederholt die Unerwünschtheit der Unerwünschtheit des Bündnisses zwischen Deutschland und der Monarchie. Sie weisen anders lautende Gerüchte aufs entschiedenste zurück.

W.B. Budapest, 29. Sept. Meldung des Ungar. Telegr. Cor.-Bur. Mittermeldungen zufolge ist im vorgelegten Wiener Kriegsrat alles geschehen, was das wohlverstandene Interesse der Monarchie erheischt. Während einerseits die notwendig gewordenen militärischen Maßnahmen zur Sicherung einer wirksamen Verteidigung vollzogen wurden, besteht unverändert das Bestreben, im erstmöglichen Augenblick einen Frieden zu schließen, der die territoriale Unversehrtheit der Monarchie unbedingt wahr und der einberühmlich mit dem Deutschen Reich geschlossen werden soll, ebenso wie wir mit diesem auch in den Kämpfen Schulter an Schulter gestanden haben. In maßgebenden Kreisen wird nachdrücklich betont, daß, wiewohl der Entschluß Bulgariens auch die Monarchie vor einer außerordentlichen Situation gestellt hat, weder zu Kleinmut, noch zur Verzweiflung Grund vorhanden ist. Wenn die Nerven Ungarns die russische und rumänische Invasion ausgehalten haben, wird das Vertrauen und die Zueversicht der Monarchie auch weiterhin unerwächt bleiben. Ihre Wehrpflicht wird auch weiterhin dem Feinde eine ehrene Mauer entgegenstellen, ihre Diplomatie zeigt auch weiterhin nicht versiegende Willenskraft.

Wien, 28. Sept. (W.B. Nicht amtlich.) Das Fremdenblatt schreibt: Wie in hiesigen politischen Kreisen verlautet, hat die Niederlage der bulgarischen Armee in Bulgarien selbst große Erregung hervorgerufen. Es heißt, daß die Regierung Malinows aus diesen Verhältnissen vielleicht die politischen Konsequenzen ziehen werde. Im Verlaufe einer Besprechung mit bei ihm erschienenen deutschnationalen Mitgliedern des Ausschusses der österreichischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten erklärte der Minister des Auswärtigen Graf Burian, daß

troß der Ereignisse in Bulgarien die Gesamtlage nicht allzu kritisch beurteilt werden dürfe. Auf weitere Anfragen betonte Graf Burian, daß Oesterreich-Ungarn in vollem Einvernehmen mit Deutschland gehen werde. Das Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland bleibe nach wie vor fest und unerschütterlich.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 29. Sept. (Amtlich.)

Westlich: Kriegsschauspiel.
Der Engländer hat im Verein mit Belgien seine Angriffe auf Flandern ausgedehnt und gegen Cambrai fortgesetzt. Franzosen und Amerikaner stürmten erneut in der Champagne, sowie zwischen den Argonnen und der Maas vor.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Von der Küste bis südlich der Eys während der Nacht heftiger Feuerkampf, der sich in den Morgenstunden zwischen Dünkirchen bis Wulvergem zum härtesten Trommelfeuer steigerte. Engländer und Belgier griffen auf der Front von südlich Dünkirchen bis Wulvergem an. Es gelang dem Feinde, unsere Trichterstellungen zu nehmen und teilweise in unsere Artillerielinien einzudringen. Der Angriff des Feindes kam am Nachmittag in der Linie: Bahnstation, südlich von Dünkirchen—Klerken—Gontsbult—Westerbeke—Paschenbaele—Befelaere—Handwoorde—Vollebete zum Stehen. Die am Abend gegen diese Linie geführten Angriffe wurden mit Hilfe der auf dem Schlachtfeld eintreffenden Reserven abgewiesen. Die Söhne von Wijkshaete wurden gegen mehrfache Angriffe des Feindes gehalten.

Westlich von Cambrai hatten wir gestern früh infolge des Verlustes der Kampfstellung heiderseits von Maraulon in den Kämpfen am 27. September unsere Front auf dem freien Gelände in eine rückwärtige Stellung in der Linie Arleux—Aubigny, westlich von Cambrai, und hinter den Kanal südwestlich von Cambrai—Marcoing mit Anschluß über Connelien an die alte Linie Viller—Guislain zurückgenommen. Die Bewegungen wurden während der Nacht ungestört vom Gegner durchgeführt. Der Feind hielt am Morgen noch lange Zeit das geräumte Gelände unter Feuer. In den Mittagsstunden begann er stark nachzudringen und griff nordwestlich und westlich von Cambrai mit starken Kräften an. Er wurde abgewiesen, ebenso scheiterten Angriffe, die sich am Abend gegen die Linie südlich von Marcoing richteten.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz: Zwischen Ailette und Nisne haben wir ohne feindliche Einwirkung unserer Linie hinter den Die-Nisne-Kanal zwischen Aniz-le-Chateau an der Ailette und Bourg an der Nisne zurückgenommen. Die seit Tagen vorbereitete Bewegung verlief planmäßig und ungestört vom Feinde.

Erfolgreiche Vorstoßkämpfe westlich der Suippes. Zwischen Suippes und Nisne, sowie zwischen den Argonnen und der Maas setzte der Feind seine starken Angriffe fort. Sie waren gestern besonders schwer und für den Feind außerordentlich blutig. Unsere dort kämpfenden Truppen aller deutschen Stämme, die sich auch gestern wiederum trotz der hohen Anforderungen, die die letzten Tage an sie stellten, hervorragend geschlagen haben, haben einen vollen Abwehrerfolg errungen. Der Franzose, der auf der ganzen Front zwischen Suippes und der Nisne in teilweise bis zu sechs Malen wiederholte, durch starke Panzergeschwader geführten Angriffen hervorbrach, wurde in erbittertem Kampf zurückgeworfen. Sein einziger örtlicher Erfolg beruht in der Einnahme von Somme-B und in kleinen geringfügigen Einbußungen unserer Abwehrfront.

In den Argonnen haben wir in der vorletzten Nacht infolge des Vorbringens des Feindes im Aire-Tal unsere Linien bis in die Gegend südlich von Binarville—südwestlich von Apremont zurückgenommen. Gegen den Durchbruch der Argonnen und gegen die Linien Apremont—Gierges—Brieulle sich der Amerikaner in mehrfachen Angriffen unter teilweisem Einsatz neuer Divisionen vor. Derliche Erfolge konnte er bei Apremont und südlich von Gierges erzielen, wo er unsere Linie am frühen Morgen bis an den Wald von Cunel und Gays zurückdrückte. Aber auch hier sind, wie an der ganzen übrigen Front, die Angriffe des Feindes unter sehr schweren Verlusten für ihn in unserem Abwehrfeuer, in stetem Nachkampf und an unseren erfolgreichen Gegenangriffen gescheitert.



Militärfragen im Hauptausfluß.

Berlin, 27. September.

In der weiteren Besprechung militärischer Fragen berichtet Generalarzt Schulze folgendes über den Gesundheitszustand des Heeres. Die Gruppe trat in 180 000 Fällen auf, zum Teil schwer. Die Beschaffung ausreichender Arznei ist nicht übermäßig schwierig. Für Medikamente ist gesorgt. Die Verbandserkrankungen sind so schwerwiegend, daß die Verbandsärzte nicht zu erwarten sind. Da wegen der Wäscheversorgung sehr schwierig, aber die Pflege der Verwundeten und Kranken hat bisher nicht gelitten. Die Ernährung ist durchaus gut und ausreichend, wo die Chefärzte ihre Pflicht tun. An einer weiteren Verbesserung wird mit Erfolg gearbeitet. Der Kräftezustand der jungen Mannschaften ist nicht ungenügend, dem entspricht der Prozentfuß der Kriegsverwendungsfragen.

Abg. Noke (Soz.): Ein Zweifel besteht nicht, daß nur das Alternativenbündnis geleistet werden kann. Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß der Ernährungszustand zurückgegangen ist.

Abg. Erzberger (Zent): In technischen Fragen ist die Gesundheitsverwaltung immer rückständig. Warum haben wir kein Flugzeugministerium? Wir haben immer gebängt, aber der Mensch ist ein untergeordnetes Glied. Die Techniker läßt man an untergeordneten Stellen arbeiten. Die Ausführungen über die jungen Mannschaften wird man festlich aufnehmen. Die Klagen über unzureichende Ernährung sind weit verbreitet. Die Differenzierung der Mannschaften und Offiziersstellen läßt sich nicht aufrechterhalten. Besonders Verputzungen der Leichter sind in der Zukunft. In Bulgarien lag noch viel Tabak, Balm, Lärche können nicht mehr geholt werden.

General v. Wrisberg verteidigt die bestehende Organisation des Zugzeuges. Der Kommandant einer Kompanie ist ein Offizier, der die Ausführungen des Generalarztes folgen sich auf die in der Organisation. Die Behandlung und Ausbildung der jungen Mannschaften wird sorgsam überwacht.

Generalarzt Schulze: Die vermehrte Jugendfürsorge hat sehr erfreuliche Ergebnisse geliefert.

Abg. Koch (Soz.): Bei der Ausbildung wird nicht genug Rücksicht auf den Ernährungszustand der jungen Leute genommen.

Abg. Golthein (F. Vp.): Man hat kein Verständnis für die Entwicklungsmöglichkeiten der Technik in allen Zweigen, weil die Technik nicht die ihnen gebührende Stellung in der Heeresverwaltung einnimmt. Der Offizier als Laie dominiert. Lediglich der ersten Ranges sind über die Notwendigkeit des Heeresministeriums. Wie werden die Erfinder behandelt? Es muß eine Kommission hervorragender Techniker eingesetzt werden zur Prüfung neuer Erfindungen. Erst das Parlament hat auf diesem Gebiet Fortschritte gemacht. Solange die jungen Mannschaften mit älteren gemeinsam ausgebildet werden, werden die Erfindungen übersehen. Die einzelnen Personen werden nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit verwendet. Die Truppen klagen über mangelhafte Ernährung. Wenn die Offiziere aus der Mannschaftenliche Speisen, wird es bald besser werden. Besser als eine überzuckerte Marmelade wäre die Freigabe von Mäusen für die Strapazierung.

General v. Wrisberg bestritt, daß das Kriegsministerium schuldig rüchändig sei.

Die Weiterberatung wird auf Montag nachmittags verlegt. (Zentr. Bg.)

mel stehen, bis ihm ein mitleidiger Mann Unterkunft in einem alten unbewohnten Hause gewährte. Schließlich mußte man ihn ins Armenhaus bringen. In dem zu diesem gehörigen Gärtchen herrschte Unflarheit über das Anrecht auf die Früchte zweier dort stehender Pflaumenbäume. Weil der Mann in der Annahme, der Baum stehe ihm zur Verfügung, sich einige Früchte von einem der Bäume gepflückt hatte, deshalb eine Diebstahlsanzeige und damit ein weiteres Mittel gegen den Mann, ihm den Aufenthalt in der Gemeinde zu verweigern. Vor Gericht teilte der ehemalige Vaterlandverteidiger auch noch mit, daß er bei der Lebensmittelverteilung benachteiligt werde und man ihm auch das Essen aus der Kriegsküche verweigert habe. Der als Zeuge anwesende Gemeindevorstand konnte diese Behauptungen nicht widerlegen. Der Mann wurde zwar freigesprochen, aber die traurigen Machinationen gegen ihn werden dadurch nicht besser.

Kommunalpolitik.

Eine mehrwöchige Aufklärung.

a. Bruchsal, 27. Sept. Aufklärung im Rot. Unter dieser Überschrift brachten wir in Nr. 220 unseres Blattes eine Notiz über Gerichte, die hier umgingen über das Geschäftsbüro in diesem Milchwirtschaftsbetrieb; wir verlangten Aufklärung. Das Milchwirtschaftsbüro ist nunmehr veranlaßt, folgende Verhältnisse der Bruchsaler Zeitungen zuzustellen:

Bruchsal, 28. Sept. Vom Milchwirtschaftsbüro erhalten wir folgende Aufklärung: Ein im Milchverteilungsbetrieb des Kommunalverbandes beschäftigter kriegsgefangener Russe hatte über Verrechnungen Angaben gemacht, die im Falle ihrer Feststellung ein Eingreifen gegen den Leiter dieses Betriebes notwendig gemacht hätten. Dieser Umstand gab dem Milchwirtschaftsbüro Veranlassung, den gesamten Betrieb der Molkerei einer Prüfung durch einen auswärtigen Sachverständigen unter Ausschaltung des bestehenden Leiters zu unterziehen. Als Ergebnis dieser mehrwöchigen Prüfung in Verbindung mit weiter veranlaßten Erhebungen wurde festgestellt, daß die Dienstführung des Leiters der Milchzentrale nicht derart war, daß sie einen Wechsel in der Person als geboten erscheinen ließ. Trotzdem hat der Kommunalverband sich die Einstellung eines besonderen Molkerei-Sachverständigen zur häuslichen Überwachung des Betriebes beschlossen, um auf diese Weise zu erreichen, daß Mißstände vermieden werden und ein einwandfreier Betrieb der Milchverteilung in Einklang gebracht werden kann.

Mit dieser „Aufklärung“ des Milchwirtschaftsbüros sind diese schon damals angeführten Gerüchte nicht aus der Welt geschafft, denn die offizielle Stelle schreibt ja selbst, daß auf Grund des Sachverständigenurteils, die Dienstführung des Leiters der Milchzentrale nicht derart war, daß sie einen Wechsel in der Person als geboten erscheinen ließ; — trotzdem habe der Kommunalverband sich die Einstellung eines besonderen Molkerei-Sachverständigen beschlossen, damit Mißstände in Einklang gebracht werden können. Man muß angesichts solcher merkwürdiger und zweideutiger Rechtfertigungsversuche schon sagen, es wäre besser gewesen, das Milchwirtschaftsbüro ganz geschwiegen, denn diese Aufklärung steht einem Eingreifen unserer Mittelung so ähnlich wie ein Ei dem andern.

Eine Kundgebung zu unserer Ernährungswirtschaft in Köln.

In der Kölner Stadtvollversammlung am 27. Sept. gab es am Donnerstag Abend eine außerordentlich bemerkenswerte Kundgebung zu unserer Ernährungswirtschaft, an der die Vertreter aller drei Ratsfraktionen heftige Kritik übten. Man einigte sich zuletzt auf eine Entschließung, worin eine schärfere Erziehung der Nahrungsmittel geordert wird; daß diese zurzeit ungenügend sei, beweisen die ungeheuren erfolglosen Nahrungsergänzungen der städtischen Bevölkerung, die eine maßlose Verschwendung von Zeit, Arbeitskraft und Material darstellen, und der ausgezeichnete organisierte Schleichhandel. Als Mindestforderungen seien für das laufende Wirtschaftsjahr aufgestellt: eine Wochenkopfmenge von vier Pfund gutem Brot, zehn Pfund Kartoffeln und einem halben Pfund Rahmmittel oder Teigwaren. Während der festlichen Reden seien eingehende Nahrungsmittel als Ersatz zu geben, und die Abgabe von maulreiferem Wild, Geflügel, Kaninchen usw. sei zu verbieten. Von ganz besonderer Wichtigkeit war die einstimmige Annahme einer sozialdemokratischen Anregung, daß man sozial gestellte Vertreter der städtischen Bevölkerung in entscheidenden Stellen der staatlichen und kommunalen Verwaltung unserer Ernährungsorganisation, auch in die Kreisämter, berufen soll. Auf dem Lande müßten unabhängige Männer und Frauen, Geistliche, Lehrer, Landwirte, Gewerbetreibende und Arbeiter zu entsprechenden Ausschüssen zusammenzutreten.

Zur Begründung dieser Forderungen sagte Stadtvollrat Solmann u. a., daß wir zu der jetzigen Verwaltungsorganisation in der Ernährungswirtschaft kein Vertrauen haben könnten. Zunächst agrarisch seien die Minister, die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten, die Landräte, und sie wählten beim besten Willen nichts von den Bedürfnissen und der Stimmung des darben Volkes. Auch die Überberatung in allerlei Kommissionen genüge nicht, die letzte Entscheidung liege doch zuletzt immer in den Amtshandeln. Bei der städtischen Verwaltung sei es nicht anders. Man rühre sich, wo die vielen Kartoffel-, Gemüse-, Preis-, Fleisch- und Eier-Messoren, die völlig abnormales seien, alle herkämen. Darum müßte man die verantwortliche Berufung von Leuten aus dem praktischen Leben: Gewerkschaftsführern, Arbeitern, Privatangestellten und der unabhängigen Kaufleute, verlangen.

Oberbürgermeister Menauer stimmte diesen Forderungen nachdrücklich zu und wandte sich scharf gegen die Einseitigkeit des Herrenhauses, das sich den Volksstimmen völlig verschließe. Daß der Geist der ersten Kriegsjahre geschwunden sei, daran trage die Regierung einen Teil der Schuld; die Überzeugung, daß alles gegeben sei, was gegeben konnte, sei nicht vorhanden. Nun sehen wir, daß sich Kräfte bemerkbar machen, die bereit seien, an den staatlichen Aufgaben mitzuarbeiten, leider aber sehen wir auch, daß Bestrebungen im Gange seien, diese Kräfte als nicht gleichberechtigt vom Staatsganzem fernzuhalten. Diese Bemerkungen fanden allseitige Zustimmung der Versammlung, in der dann unter scharfer Kritik an den unzulänglichen Gegenmaßnahmen über die wachsende Unsicherheit in Köln gesprochen wurde.

Baden.

Die Kriegseinnahmen der badischen Staatsbahnen. Nach dem Bericht des badischen Ausschusses über die Prüfung der Eisenbahnschuldentilgungsausschreibung für das Jahr 1916 hat dieses den größten bis jetzt jemals erzielten Gewinnertrag des Eisenbahnbetriebes mit 41 Millionen Mark auszuweisen. Dieser sehr günstige Abschluß ist allerdings in der Hauptsache nur dadurch erreicht worden, daß für die Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung des technischen Apparates der Eisenbahnen Ausgaben fast ganz unterblieben. Die Besserung der Finanzlage ist genau betrachtet nur eine scheinbare, weil die während des Krieges zurückgestellten Ausgaben nachgeholt werden müssen. Der günstige Abschluß machte es möglich, daß die Einnahmen der Eisenbahnschuldentilgungskasse zur vollständigen Zahlung der Eisenbahnschuld mit 13,6 Millionen Mark sowie der Verwaltungskosten mit etwas über 100 000 Mk. ausreichten. Darüber hinaus verblieb noch ein Ueberschuß von 4,5 Mill. Mark, aus welchem der Bauaufwand von 7,3 Mill. Mark bis auf einen Restbetrag von 2,8 Mill. Mk. gedeckt werden konnte. Die Folge des günstigen Abschlusses war, daß der Gesamtschuldenstand der badischen Staatsbahnen auf Ende des Jahres 1916 mit 576 Millionen sich gegenüber dem Vorjahr um rund 11 Millionen vermindert hat.

Die Herstellung und der Verkauf des Bieres. Das Ministerium des Innern hat bestimmt: Bier und bierähnliche Getränke — Erbsäbier — dürfen nur mit einem Stammwürzegehalte von höchstens 3,5 v. H. und mindestens 2 v. H. hergestellt werden. Beim Verkauf durch den Hersteller darf der Preis für 100 Liter in Flaschen nicht übersteigen: für untergäriges und obergäriges Bier 29 Mk., für Erbsäbier 31 Mk. Der Ausschankpreis für Bier und Erbsäbier darf in Gast- und Schankwirtschaften höchstens betragen: bei 0,3 Liter 18 Pfg., bei 0,35 Liter 21 Pfg., bei 0,5 Liter 30 Pfg., bei 0,7 Liter 42 Pfg., bei 1 Liter 50 Pfg. Für Bier oder Erbsäbier in Flaschen beträgt der Höchstpreis: beim Verkauf durch den Hersteller an den Weiterverkäufer für 0,35 Liter 16 Pfg., 0,5 Liter 22 Pfg., 0,7 Liter 30 Pfg., 1 Liter 42 Pfg., beim Verkauf durch den Weiterverkäufer: für 0,35 Liter 21 Pfg., 0,5 Liter 27 Pfg., 0,7 Liter 35 Pfg., 1 Liter 47 Pfg. Verkauf der Hersteller Bier oder Erbsäbier in Flaschen unmittelbar an den Verbraucher, so daß er die für den Weiterverkauf zugelassenen Preise verlangen. Wird Bier oder Erbsäbier in Flaschen in Wirtschaften zum sofortigen Genuß gegeben, dürfen folgende Preise nicht überschritten werden: für 0,35 Liter 25 Pfg., 0,5 Liter 35 Pfg., 0,7 Liter 50 Pfg., 1 Liter 70 Pfg. Das Regieramt ist befugt, für Münchener, Pilsener und Kulmbacher Bier sowohl hinsichtlich des Erwerbs wie hinsichtlich des Ausschankes und des Flaschenverkaufs einen höheren Preis zuzulassen. Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften, sowie von solchen Betrieben, welche Bier oder Erbsäbier in Flaschen im Kleinverkauf abgeben, haben durch deutliche sichtbaren Anschlag in den Wirtschaftsräumen und Verkaufsstellen die Verkaufspreise für Bier oder Erbsäbier in den Ausschank oder zum Verkauf kommenden Massen bekannt zu geben. Die angeführten Preise dürfen nicht überschritten werden.

Bildung eines Landesverkehrsamtes. Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Entwicklung des badischen Fremdenverkehrsvereins grundlegenden Verhältnisse durch den Krieg eine bedrohliche Veränderung erfahren haben, daß die große, von Norden nach Süden gerichtete Achse des europäischen Binnenverkehrs, welche der Länge nach besonders auch Baden berührt, nun aber durch unsere politische Ausdehnung im Osten und Südosten sich wesentlich zugunsten des östlichen Süddeutschland verschiebt und dadurch die Lage für das badische Land — besonders für das Fremdenverkehrsgewerbe — für die Zeit nach dem Kriege sich ganz umgestalten dürfte, wendet sich ein Aufruf des Oberbürgermeisters von Baden-Baden an alle maßgebenden Faktoren in Stadt und Land, um durch vorzeitige Maßnahmen dem Uebel vorzubeugen. Zu diesem Zweck soll ein sachmännlich gebildetes, mit selbständigen Befugnissen und bedeutenden Mitteln ausgestattetes Landesverkehrsamt mit einem nach Art des Landwirtschaftsrates und des Eisenbahnrates zu organisierenden „Landes-Fremdenverkehrsrats“ (aus Regierungs-, Presse-, Hotelindustrie- und anderen Vertretern) schleunigst ins Leben gerufen werden. Eine ähnliche Einrichtung steht in Bayern seit 1910 in Blüte.

Die Geflügelpest. Wegen Fortdauer der Seuchengefahr wurde das Verbot des Handels mit Geflügel im Umherziehen bis zum 1. April 1919 verlängert.

Einschränkung der Heizzeit auf den badischen Bahnen. Die Hitze der badischen Eisenbahnen werden im allgemeinen nur in der Zeit vom 15. Oktober bis zum 31. März geheizt werden. Sie werden erst geheizt, wenn die Außentemperatur unter 8 Grad Celsius sinkt. Das in den Regenabteilungen anzustrebende Maß wird von 15 Grad auf 10 bis 12 Grad Celsius herabgesetzt. Von der Heizung der Vorortzüge, Triebwagenzüge und der Nebenbahnzüge, deren Fahrzeit weniger als eine Stunde betragen, muß mit wenigen Ausnahmen abgesehen werden. Es wird deshalb den Reisenden empfohlen sich bei Eisenbahnreisen mit warmer Schutzkleidung zu versehen.

Durlach, 29. Sept. Auf dem Heimwege aus der Schule fiel ein Knabe dem Sohne des Friseurs Stahlberger ein Schiefgeschöß in ein Auge. Man fürchtet, daß das Auge die Sehkraft verliert.

Ettlingen, 29. Sept. Am Freitag und am Samstag sind Tücher hier eingetroffen, die sich an tiefen Lehrern einig Zeit pädagogischen Stunden widmen werden.

Freiburg, 28. Sept. Die verdienstvolle und allgemein anerkannte Tätigkeit des badischen Schwarzwalder, Bergweiser, Aufseher, Schutzhütten usw. im Schwarzwald anzuzeigen wird leider durch Rubenhande manchenmal empfindlich gestört. So wurde in letzter Zeit die Emil-Thoma-Hütte am Feldberg in unzulässiger Weise beschädigt. Wände wurden zertrümmert und Bergwerke heruntergeschlagen. Der Schwarzwaldberein richtet an alle Freunde der Natur die herzliche Bitte, dem Schatz der Anlagen besondere Aufmerksamkeit zu widmen und ihn durch Verbot zu unterstützen.

Freiburg, 28. Sept. Der Schleichhandel mit Fleisch hat hier einen ganz beträchtlichen Umfang angenommen. Erst vor wenigen Tagen kam wieder eine Metzgermeistersfrau zur Anzeige, die auf dem Wege des Schleichhandels ein halbes Kind und einen Hammel bezogen hatte.

Die Schweineblase unterm Schurz. Ein Landwirt aus dem Oberland hatte einige Zeit hindurch hart verwässerte Milch nach Freiburg geliefert, weshalb an einem frühen Morgen ein Kontrollbeamter des städtischen Untersuchungsamtes bei dem Bauer erschien, um eine Stallprobe zum Vergleich zu erheben. Als die dicke Tochter des Kuhstalles in den Stall zum Melken kam, fiel plötzlich eine große gefüllte Schweineblase unter ihrem Schurz hervor. Was ging hier vor sich? Die Tochter hatte sich eine mit Wasser gefüllte Schweineblase um den Leib gebunden und mit dem Schurz verbedet; mit einer Nadel bewaffnet, hatte sie vor, die Schweineblase anzustechen und den Inhalt während des Melkens heimlich in die Milch laufen zu lassen, damit die Stallprobe ebenso verwässert werde, wie die nach Freiburg gelieferte Milch. Die Bäuerin war noch so raffiniert, das Wasser in der Blase anzutwärmen, damit die gewässerte Stallprobe ebenso warm werde, wie die Naturmilch. Unglücklicherweise löste sich aber die Schurz und die Blase fiel auf den Boden.

Deutsches Reich.

Ein geschichtlicher Druckfehler.

Die „Germania“ schreibt am Mittwoch morgen: „Wir haben, was die Zentrumsfraktion des Reichstags anlangt, bereits gestern mitgeteilt, daß sie sich vollkommen einig ist in dem Entschluß, an einer Aktion (nicht „Agitation“), wie der Druckfehlerfoliant daraus machte, gegen den gegenwärtigen Reichstagsler nicht teilzunehmen.“

Nach dieser Fassung scheint also die Zentrumsfraktion von den Parteien, die das Verbleiben des Herrn v. Hertling in seinem Amte mit den Interessen des deutschen Volkes unvereinbar halten, doch weiter abgerückt zu sein, als es nach der ersten Fassung schien. Wir sagen: scheint, denn auch das „richtige“ Wort ist fast ebenso vieldeutig wie das andere.

Zur Sache selbst sagt die „Germania“:

„Die (die Zentrumsfraktion) wird sich heute nach des Grafen Hertlings Rede in dieser Meinung (daß sie sich an einer „Agitation“ gegen Hertling nicht beteiligen könne. Wed.) nur bestärkt fühlen. Und das gleiche kann vielleicht selbst von ihrer Bereitwilligkeit gehen, einer Aufnahme von Sozialdemokraten in das Kabinett Hertling grundsätzlich geneigt zu bleiben. Die Frage ist, ob die Auffassungen, die heute der Reichstagsler über die großen Probleme der neuen Weltordnung, auf der allein der Friede geschlossen werden zu können scheint, befriedigend, hinreichende Annäherungspunkte bieten, Versuche nach dieser Richtung zu machen. Persönlich möchten wir allerdings annehmen, daß dann die als Minimalprogramm ausgegebenen sozialdemokratischen Voraussetzungen nicht in allem das Letzte Wort darstellen. Nachdem die Sozialdemokratie einmal gelassen durch den Mund Scheidemanns sich zur Pflicht bekannt hat, an der Organisation der nationalen Verteidigung mitzuarbeiten, solange der Frieden auf ehrenvoller Grundlage unmöglich ist, wird sie nicht umhin können, alles das was ihren Forderungen und ihrem Vorgehen auszuwählen, was etwa nach einseitiger Parteipolitik auszuwählen würde. Denn eine solche ist mit dem Programm der Zusammenfassung aller Kräfte unvereinbar.“

Im ganzen darf man den heutigen Tag nur als eine Etappe auf dem Wege zur endgültigen Klärung der Lage betrachten, von der erst dann wirklich die Rede sein können, wenn sich die Stellungnahme der Parteien zum Grafen Hertling und seinen Erklärungen wird übersehen lassen.“

für unsere Soldaten.

Wie Kriegsbeschädigte behandelt werden.

Der Arbeiter B. in Niederpöppich bei Dresden, der sich im Kriege durch Verwundung eine schwere Nervenkrankheit zugezogen hat, jetzt aber wieder hergestellt ist, war wegen Diebstahls vor das Schöffengericht gekommen, weil er einige Pflaumen entwenden haben sollte. Vor Gericht stellte sich aber heraus, daß die Diebstahlsanzeige nur eines der Mittel war, die man gegen den Angeklagten hatte, um ihn aus der Gemeinde hinauszubringen, weil man befürchtete, die Nervenkrankheit könnte wieder ausbrechen und der Mann der Gemeinde zur Last fallen. Deshalb wollte man ihn um seinen Unterhaltungswohnort bringen. Man kündigte ihm, um das zu erzwingen, die Wohnung; kein Hausbesitzer vermietete an ihn, auch ein Appell an den Gemeindevorstand blieb fruchtlos. Drei Tage mußte der Missetäter mit dem Sanitat des Mannes unter freiem Himmel

Eine neue Milliarde für die Erzeuger.

Zu der Preisgestaltung unserer Nahrungsmittel soll die Schraube ohne Ende wieder einmal tüchtig angezogen werden. Nachdem erst kürzlich der Brotpreis hinaufgeschraubt wurde, soll das Spiel nun wieder bei der Milch und den Milchprodukten beginnen. In der Reichsstelle für Speisefette hat unlängst eine aus allen Teilen des Reiches beidseitig konferenz die Milchpreiserhöhung als dringend notwendig bezeichnet, wenn die Milchlieferung der Städte nicht gänzlich in Frage gestellt werden sollte. Und zwar gedenkt man gleich tüchtig ins Geschirr zu gehen; unter einer Erhöhung des Erzeugerpreises um ein Drittel für das Liter Vollmilch will man es unter keinen Umständen tun! Natürlich könnte diese Preiserhöhung nicht ohne Milderung bleiben auf die Preise für die aus der Milch gewonnenen Nahrungsmittel, besonders auf die Butter, aber schließlich auch für Magermilch, Quark und Käse. Als Grundlage für die Preisberechnung dieser Erzeugnisse soll der neue Eierpreis für die Vollmilch dienen.

Was würde eine Milchpreiserhöhung in dem geplanten Umfange bedeuten? Bei dem gegenwärtigen Milchviehbestande von rund 8 Millionen Stück und bei einer Milchzeugung von 1/2 Liter täglich auf die Kuh — ein Ertrag, der auch bei ungünstigen Futterverhältnissen nicht zu hoch gegriffen ist — ergibt sich für Deutschland eine Gesamtzeugung von 10 080 Millionen Liter Milch jährlich. Die beabsichtigte Erhöhung des Erzeugerpreises würde dann das nette Einkommen von rund 1000 Millionen Mark ergeben. Diese Aufstellung bedeutet mit anderen Worten, der Milch erzeugenden Landwirtschaft soll also in einem Jahre wiederum mehr als eine Milliarde aus den Taschen der Verbraucher zugezogen werden! Selbst in einer Zeit, in der man an Mammuthäutchen und Nierenkummen nachgerade gewöhnt worden ist, erscheint dieser Betrag ganz ungeheuerlich, besonders wenn man bedenkt, daß in ihm nur die Preiserhöhung für eines der vielen landwirtschaftlichen Erzeugnisse dargestellt ist.

Aber die Rechnung stimmt! Sie wurde auch, wie wir erfahren konnten, in der Konferenz der Reichsstelle ausgemacht. Trotzdem ist diese nicht davor zurückgeschreckt, den Verbrauchern diese Neubelastung zuzumuten! Das würde noch verständlich sein, wenn die Landwirtschaft bittere Not litte und vor ihrem Untergang bewahrt werden müßte. Wer will behaupten, daß das in Frage kommt?

Trotzdem glaubt man diese neue Belastung der Verbraucher nicht umgehen zu können, eine Belastung, die um so schwerer und drückender wirken muß, als sie vor allen Dingen die kinderreichen Familien und die Kranken trifft. Die Folge wird sein, daß unbemittelte Familien mit vielen Kindern und die Kranken aus den armen Bevölkerungsschichten sich im Verbrauch der zur Gesunderhaltung und Kräftigung der Kinder und zur Stärkung der Siechen unbedingt notwendigen Milch noch mehr einschränken müssen, daß sie aber als Stoffmilch für die sogenannten „besseren Leute“ um so reichlicher fließen wird. Jede neue Einschränkung der Milchmengen für diejenigen, die sie am nötigsten brauchen, muß sich aber in einer weiteren Erhöhung der Kindersterblichkeit und einer neuen Verdrängung der Volksgesundheit zeigen.

Man sollte meinen, angesichts dieser vorauszuweisenden unheilvollen Wirkungen der Preiserhöhung müßte ihre Begründung so schwerwiegend sein, daß sie die jähren Schäden und Nachteile überbietet. Wie sieht es nun damit aus? Die Begründung bewegt sich hauptsächlich in der Richtung, die Gesehungslosten für die Milch seien so stark gestiegen, daß der jetzige Milchpreis, obwohl er an und für sich schon fast das Doppelte des Friedenspreises beträgt, weit hinter ihnen zurückbleibe. Die Landwirtschaft sei für die Landwirte so unlohnend geworden, daß ihr weiterer Rückgang und damit eine neue Verringerung der Erzeugung und Beeinträchtigung der Milchversorgung befürchtet werden müsse, wenn nicht durch eine weitere Preiserhöhung ein besserer Ausgleich zwischen Gesehungslosten und Preisen herbeigeführt werde.

Diese Begründung ist durchaus unzureichend. Selbst wenn man als wahr unterstellt, daß die Gesehungslosten höher als die Preise seien, so würde ergänzend festzustellen sein, daß diese Behauptung auch schon vor dem Kriege aufgestellt wurde. Wenn trotzdem damals den Preisforderungen nicht Rechnung getragen wurde, so dürfte es jetzt viel weniger geschehen. Die weitere Steigerung der Gesehungslosten ist ausschließlich auf die Steigerung der Futtermittelpreise und der Preise für Kuh-

vieh zurückzuführen, also Preiserhöhungen, die wiederum zum größten Teil der Landwirtschaft zugute kommen. Im Frieden erblichen die Landwirte den Ausgleich zwischen den Gesehungslosten und dem Preise der Milch in der mit der Kuhhaltung verbundenen Düngerezeugung und in der Arbeitsleistung der Tiere. Durch den Düngerbedarf waren sie an der Viehzucht interessiert, auch wenn die Milchtragnisse die Gesehungslosten nicht voll gedeckt haben sollten. Galt das schon für den Frieden, so unbeschränkte Mengen ausländischer Düngemittel zur Verfügung standen, so trifft es in erhöhtem Maße für die Kriegszeit mit ihrem Mangel an Düngemitteln und der Steigerung ihres Wertes zu. Heute wird ein etwaiges Mißverhältnis zwischen Gesehungslosten und Preisen für Milch noch weit mehr als im Frieden allein durch die mit der Milchproduktion verbundene Erzeugung von Dünger weitgemacht.

Gerade der Umstand, daß die Landwirtschaft wegen der Deutung ihres Düngerbedarfs in der Viehhaltung stark interessiert ist, läßt nicht befürchten, daß der Viehstand und die Milchzeugung noch weiter zurückgehen werden, wenn die geplante Preiserhöhung nicht durchgeführt werden sollte. Die Landwirtschaft schädigt sich durch die weitere Einschränkung der Kuhhaltung selbst am meisten, so daß es des Anreizes einer derartigen Preiserhöhung auf Milch und Milchprodukte, wie sie beabsichtigt ist, nicht bedarf, um die Produktion auf der bisherigen Höhe zu halten. Tatsächlich ist auch die bisherige Verringerung des Viehbestandes im Verlaufe des Krieges auf ganz andere Ursachen als auf ein etwaiges Mißverhältnis zwischen Gesehungslosten und Preisen für die Milch zurückzuführen, und zwar hauptsächlich auf die durch den Futtermittelmangel und die Sicherung der menschlichen Ernährung notwendig gewordenen Viehabschlachtungen. Die Milchpreiserhöhung wurde noch lange der Verhältnisse nur eine neue Milliardenbelastung der Verbraucher ohne jede Aussicht auf eine Besserung der Versorgung mit Milch und Milchprodukten bedeuten.

Eine Steigerung der Milchpreise wäre sehr wohl ohne die geplante Verteuerung durchzuführen, wenn die erzeugte Milch erhöht würde. Bei Revisionen der Viehhälte und bei Probemessungen, die in letzter Zeit in Sachsen durchgeführt wurden, stellte sich nicht nur heraus, daß die Milchzeugung meist beträchtlich höher war als die abgelieferte Milchmenge, sondern daß in vielen Ställen auch mehr Milch Vieh stand, als angegeben worden ist. In einem einzigen Rittergute fanden z. B. 8 Kühe mehr, als der Viehskatener ausweist. Die nicht abgelieferte Milch geht in Form von Butter und zu Milchpreisen dem Schleichhandel zu und der gerasteten Versorgung verloren.

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Möge er beschritten und nicht dem Wolfe eine neue Milliardenlast aufzuladen und Volksgesundheit und Volkskraft ein neuer schwerer Schlag zugefügt werden.

Der verbesserte Mieterschutz.

Karlsruhe, 28. September.

Zur Bekämpfung des Wohnungsmangels und zur Erhöhung des Mieterschutzes sind jetzt endlich zwei neue Bundesratsverordnungen beschlossen worden. Sie werden in aller nächster Zeit veröffentlicht und treten dann sofort in Kraft. Aus dem Inhalt werden folgende Mitteilungen gemacht:

Die Verordnung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel bringt mit der sogenannten Zivileinquartierung, die mancher Inhaber einer allzu reichlichen Wohnung befürchtete. Wer sie will den unter den jetzigen Verhältnissen unerträglichen Zustand beseitigen, daß ein Hauseigentümer eine Wohnung absichtlich leer stehen läßt oder sie sonstwie ihrer Bestimmung entzieht. Die Gemeindebehörden werden ermächtigt, für unbenuzte Wohnungen eine Anzeigepflicht anzuordnen. Als unbenuzt gelten nur Wohnungen, die wirklich leer stehen. Der Gedanke einer Wohnungsrationierung ist abgelehnt worden. (Warum? Will man lieber die heimkehrenden Soldaten in Baracken, Dach- und Kellerwohnungen unterbringen, als den Wohnungsbesitzern, die zu zweit und dritt in 5, 8 und 10 Zimmerwohnungen oder ganzen Villen sitzen, die Pflicht von Abmieten von möblierten Zimmern auferlegen? Diese „Mischmaßnahme“ wird dem Mann, der aus dem Schützengraben kommt und obdachlos ist, unverständlich sein — die „Zivileinquartierung“ wird für eine Übergangslösung notwendig.) Die Gemeinde selber darf (warum nicht?) Die Staatsbehörde muß das anordnen können, da die Gemeindebehörde Hausbesitzerinteressen vertritt, die unbenuzten Wohnungen erfassen und ihrem Zweck zuführen, indem sie Wohnungssuchende an die betreffenden Hauseigentümer weist. Kommt eine Einigung zwischen ihnen nicht

stehen lassen, auch in der „Schützenlöcher“ bewährte sie sich bestens, es war Fluch und Schöpfung in der Aufführung, auch in der Stellung der Bühnenbilder zeigt er Geschick und Geschmad. Also ein Betätigungsfeld, auf dem er sich Lob und Anerkennung holen kann, verbietet ihm immer noch, auch wenn er das Feld, auf dem er nun einmalt, wie in der „Schützenlöcher“ ein „Sonntagsläger“ ist, anderen, besseren und geeigneteren Kräften überläßt.

Die Axtrolle gab Fr. Laßinger. Die junge Künstlerin läßt in all ihren Rollen stets fleißige Arbeit erkennen, sie verfügt über Temperament über hübsche Stimmmittel, man beachte ihre Auktoren immer freundlich und läßt angesichts des guten Willens und des Fleißes, den man aus jeder ihrer Leistungen herauszieht, gerne diesen oder jenen Wunsch zuwiderlegen. Herr Kriß ist gewiss diesmal besser als im „Rustantennmodell“, seine Stimme reicht zwar für diesen Saal nicht aus, eben so auch jene von Frau Marie Steeg nicht; bei beiden blieb es bei dem guten Willen, den wir gerne anerkennen. Die übrigen Mitwirkenden mögen sich mit einer Gesamtanerkennung begnügen. Das Orchester spielte unter Herrn Wühlers Leitung recht gut, die Heranziehung der Grenadiertafel scheint uns eine gute Lösung der Orchesterfrage zu sein.

Eine Stiftung für die kriegsbeschädigten Künstler. Zwei Pöjener Kerzen, Obergeneralrat Dr. Kade und Stadtsarzt Dr. Claus, Chefarzt des Pöjener Festungslazarets, ist eine Summe für eine Stiftung zur Verfügung gestellt worden, die kriegsbeschädigten Malern, Dichtern, Schauspielern, Musikern und Bildhauern sowie durch den Krieg in Not geratenen Künstlern nutzbar werden soll. Die Unterstiftungen sollen bestehen in befristeter Unterbringung in Erholungsheimen, in einmaligen Unterstiftungen, in kostenlosem arztlichem oder juristischem Beistand, in Arbeitsvermittlung, Gehörgehör usw. Es ist geplant, drei Heime zu errichten, eines in Schlessen (für das in der Nähe des Bades Selchtrun ein größeres Areal bereits durch Stiftung gewonnen wurde), eines in Bayern und eines am Rhein. Um das Kapital der Stiftung möglichst zu erhöhen, nimmt die Stiftung ebenfalls Mitglieder auf.

zufande, so entscheidet das Miteinigungsamt. Wenn der Wohnungsuchende nicht Einspruch dagegen erhebt, gilt hiermit der Vertrag als geschlossen. Die Gemeinde kann anordnen, daß Räume, die bis 1. Oktober 1918 als Wohnraum verwendet worden sind, nicht ohne ihre Erlaubnis zu anderen Zwecken verwendet werden dürfen. Das richtet sich hauptsächlich gegen die Kriegsgewinnlöhner, die mandant ganze Wohnhäuser ausmieten. Verträge werden darf aber die Erlaubnis nur dann, wenn das Miteinigungsamt zustimmt. Für Abbruch von Wohngebäuden oder von Teilen solcher kann die Gemeinde eine Genehmigungspflicht einführen. Sie kann, wenn nötig, auch die Errichtung von Räumen für Wohnzwecke ausführen.

Zum Schutz der Mieter wird die Mieterrechtsverordnung vom vorigen Jahr fortentwickelt. Die neue Verordnung schafft Klarheit darüber, daß man das Miteinigungsamt bei allen Minderungen, nicht bloß bei solchen mit Mietsteigerungen, anrufen kann. Dasselbe gilt für Mietverhältnisse, die ohne Kündigung vereinbart sind; eine Umgehung des Miteinigungsamts wäre also hier nicht mehr möglich. Die Anrufung des Einigungsamts geschieht. Wichtig ist, daß die bisher oft von schändlichen Wirten betriebe, die mandant ganze Wohnhäuser ausmieten. Verträge werden darf aber die Erlaubnis nur dann, wenn das Miteinigungsamt zustimmt. Für Abbruch von Wohngebäuden oder von Teilen solcher kann die Gemeinde eine Genehmigungspflicht einführen. Sie kann, wenn nötig, auch die Errichtung von Räumen für Wohnzwecke ausführen.

Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu: es wird betont, daß der Staatskommissar für das Wohnungswesen sorgfältig zusehen hat, ob neben den Interessen der Mieter auch die der Hauseigentümer berücksichtigt sind. Andererseits glaube er, daß die Einräumung weitgehender Befugnisse an die Gemeinde, wie sie durch diese Verordnungen festgesetzt wird, besonders segensreich sein werde. Das wird, meinen wir, sehr davon abhängen, welcher Geist die Gemeindebehörden an den Tag legen. Nur zu oft herrscht da die Ansicht, daß die Grundeigentümer die wichtigste Stütze der Gemeinde seien. Daß die Gemeinden die meisten dieser nachschaffend nicht weitgehenden Maßregeln nur treffen „können“, nicht müssen, ist ohnehin ein bedauerlicher Mangel.

Nehmen wir untern Karlsruhe Fall. Nach allem Borgefallen ist es hier notwendig, daß der Stadt bei einer nachgewiesenen Wohnungsnot diese und jene Maßnahme von der Zentralbehörde borgegriffen wird.

Die Zweifel bringt diese erweiterte Bundesratsverordnung vom 23. September erhebliche Fortschritte. Zum Teil sind die Forderungen der Mieter, die hier so nachdrücklich vom Konsumentenausdruck vertreten wurden, erfüllt. Aber noch nicht alles! Nun liegt es beim Ministerium des Innern und dem Stadtrat, die Tat folgen zu lassen. An diese Stellen geht nun die bringende Aufforderung: Genehmigungspflicht für Mieterhöhungen, die die neue Verordnung — leider nicht erzwingt — aber möglich macht.

Soziale Rundschau.

Auf den Gebrauch des Koalitionsrechts folgt die Hungerpeinliche.

Wie wenig einzelne Unternehmer geneigt sind, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu respektieren, beweist ein Fall, von dem die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ Kenntnis gibt. Einer in den Fitting-Werken in Singen a. G. beschäftigten Arbeiterin, Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes, wurde, weil sie während der Pause Einladungsblätter verteilt hatte, folgendes Schreiben vom 31. August 1918 übermietet:

„Wir haben Veranlassung, das mit Ihnen vereinbarte Mietverhältnis hiermit auf 30. September d. J. zu kündigen und ersuchen Sie, die Wohnung auf diesen Termin zu räumen.“

Aber nicht allein, daß der Arbeiterin wegen der Ausübung des ihr gesetzlich zustehenden Koalitionsrechts die Wohnung gekündigt wurde, erklärte ihr auch zugleich der Direktor Banner: „Wenn ich nochmal das geringste höre, werden Sie fortgejagt!“

Der christlichen Arbeiterin, die wie das Blatt weiter mitteilt, die Ernährerin ihrer alten Mutter ist und deren Bruder für Heimat und Meer kämpft, werden sich angesichts eines solchen Vorgehens sonderbare Gedanken bemächtigen.

Daß es im fünften Kriegsjahre noch Unternehmer gibt, die die Anwendung des Koalitionsrechts mit Obdachlosigkeit bestrafen und mit Verdammung bedrohen, muß selbst in der christlichen Arbeiterkassen eine empörende Stimmung auslösen.

Berichtszeitung.

Ein Butterfreund. Das Schöffengericht in Mannheim beurteilte den 46jährigen Kaufmann Paul Wilhelm Franz aus Mannheim wegen Diebstahls zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. Franz war beim Kommunalverband Mannheim-Land angestellt und entwendete aus dessen Lager nach und nach über 20 Zentner Butter und verkaufte sie zu seinem Vorteil. Die Ehefrau und die Tochter Franz und eine seiner Hauptabnehmerinnen erhielten wegen Gehilerei je zwei Monate Gefängnis.

23 000 M. verbrent, 2500 M. Geldstrafe! Wegen unbemittelter Preiserhöhung stand der Kaufmann W. Rosenfeld am 23. September vor der Strafkammer in Freiburg. Er hatte sich in zwei Jahren ein Vermögen von 23 000 M. erworben und sein Jahresinkommen betrug 24 000 M. In nahezu 800 Fällen hatte er Kleberstoffe mit einem Aufschlag bis zu 100 Prozent verkauft. Er wurde zu 2500 M. Geldstrafe verurteilt. — Bei solch „abgeschmackten“ Urteilen wird sich der Herr Rosenfeld nicht abhalten lassen, in dem Geschäft weiter zu arbeiten. Bisher hat er 101 Prozent.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Städt. Theater Karlsruhe.

Die erste Neuenstudierung der Winterpieltel brachte die Operette im Konzerthaus am Freitagabend „Die Schützenlöcher“, Operette von Leo Stein und Karl Lindau, Musik von Edmund Eysler, heraus. Es ist über diese Arbeit nicht viel zu sagen, sie ist nicht besser und nicht schlechter als all die vielen anderen Stücke, die die neue Zeit gebracht. Der Inhalt ist natürlich eine Liebesgeschichte, vier Liebende, die sich im ersten Akt „verlehet“ kriegen, kriegen sich im dritten Akt endlich „richtig“, die Zivileinquartierung wird durch allerhand Rangweiligkeiten, Vödigkeiten, Unmöglichkeiten, dazwischen sie und da mal der eine oder andere gute Will und uflige Situation, ausgefüllt. Besser als der Text ist die Musik. Eysler hat einen hübschen Walzer geschrieben, auch einige flotte, hübsch instrumentierte „Schlager“ sind vorhanden, so daß nach der musikalischen Seite hin die Sache einigermaßen annehmbar ist.

Noch annehmbarer wäre die Operette vielleicht gewesen, wenn die Besetzung eine bessere gewesen wäre; wir können uns sogar denken, daß bei einer richtigen Besetzung mit guten Kräften die Aufführung sogar Stimmung machen und mitreizen kann. Daß aber Herr Norden unentwertet trotz seiner doch unbeschränkten gesanglichen Unfähigkeit dennoch in jeder Operette die ihm am meisten zugewandte Rolle ausfüllt, gleichgültig, ob sie ihm liegt oder nicht, ob in die viel zu singen ist oder nicht, und dann drauflosingt und drauflospielt, dagegen muß aber doch endlich mal entschieden Einspruch erhoben werden. Hat denn Herr Norden nicht selbst das Empfinden, daß er sich mit diesem Verhalten hier um den letzten künstlerischen Kredit bringen muß. Wer einigermaßen Geschmad und feineres Empfinden besitzt, verzichtet allmählich auf solche Genüsse, die man sich allenfalls noch im Varieté gefallen läßt. Herr Norden man dann seine „Gesangstudien“ und akrobatischen Selbsteigenschaften den letzten Wänden und jenen keinen Teil vom Publikum vorführen, dessen verblödeter Geschmad an solchen Leistungen noch Gefallen finden kann. Herr Norden hat im Konzerthaus noch genug Gebiet, auf dem er sich betätigen kann, seine Regie kann sich immer

Ein...
Der...
1. Ein...
2. Die...
3. W...
4. M...
5. M...
6. Die...
7. Die...
8. M...
9. M...
10. M...
11. M...
12. M...
13. M...
14. M...
15. M...
16. M...
17. M...
18. M...
19. M...
20. M...
21. M...
22. M...
23. M...
24. M...
25. M...
26. M...
27. M...
28. M...
29. M...
30. M...
31. M...
32. M...
33. M...
34. M...
35. M...
36. M...
37. M...
38. M...
39. M...
40. M...
41. M...
42. M...
43. M...
44. M...
45. M...
46. M...
47. M...
48. M...
49. M...
50. M...
51. M...
52. M...
53. M...
54. M...
55. M...
56. M...
57. M...
58. M...
59. M...
60. M...
61. M...
62. M...
63. M...
64. M...
65. M...
66. M...
67. M...
68. M...
69. M...
70. M...
71. M...
72. M...
73. M...
74. M...
75. M...
76. M...
77. M...
78. M...
79. M...
80. M...
81. M...
82. M...
83. M...
84. M...
85. M...
86. M...
87. M...
88. M...
89. M...
90. M...
91. M...
92. M...
93. M...
94. M...
95. M...
96. M...
97. M...
98. M...
99. M...
100. M...

Ein Programm der Nationalliberalen.

W.B. Berlin, 28. Sept. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat sich in ihrer letzten Sitzung mit der politischen Lage befaßt. Sie gelangte einstimmig zu nachstehender Entschließung:

Der Ernst der Zeit erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte und den Entschluß, möglichst weite Kreise auf einem gemeinsamen Boden zu vereinigen. Hierfür stellt die nationalliberale Reichstagsfraktion folgende Richtlinien auf:

I. Innenpolitik.

1. Eine engere Verbindung zwischen Regierung und Volksvertretung ist herzustellen durch den Eintritt weiterer Vertrauensmänner derjenigen Parteien in die Regierung, die bereit sind, die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte mit zu übernehmen. Zu diesem Zweck müssen Artikel 9 Satz 2 und 21 Absatz 2 der Reichsverfassung aufgehoben werden.

2. Die Einheitlichkeit der Reichsleitung ist dadurch sicherzustellen, daß die ständige Beteiligung der Staatssekretäre an der Führung der Geschäfte und an der Gesamtpolitik gewährleistet und durch geeignete organische Einrichtungen, insbesondere durch gemeinsame Sitzungen und Beschlusfassungen, geregelt wird. Auch zwischen der Reichsleitung und den verantwortlichen Militärbefehlshabern muß Einheitlichkeit hergestellt werden.

3. Wir verlangen eine den politischen und wirtschaftlichen Anforderungen der Zeit entsprechende durchgreifende Reform des Verwaltungsapparates und des auswärtigen Dienstes.

4. Wir erwarten eine schleunige Regelung des preussischen Landtagswahlrechts gemäß der Regierungsvorlage.

5. Mit dem Wegfall der Kriegsnotwendigkeiten muß nach kürzester Uebergangszeit die staatliche Zwangswirtschaft ein Ende nehmen.

6. Die Regelung der mit dem Belagerungszustand zusammenhängenden Fragen, insbesondere des Zensur- und Versammlungsrechts, hat durch Reichsgesetz zu erfolgen, dessen Vorlegung beim Wiederzusammentritt des Reichstags wir erwarten.

7. Die Regelung der Staatsform von Elsaß-Lothringen ist eine innerdeutsche Angelegenheit; eine Entscheidung ist alsbald zu treffen.

8. In den besetzten Gebieten des Ostens soll die militärische Verwaltung in die Zivilverwaltung übergeleitet werden. Die staatlichen Einrichtungen dieser Gebiete sind bezant auszubauen, daß allen Kreisen der Bevölkerung die Beteiligung offen steht.

II. Außenpolitik.

1. Wir erklären in Uebereinstimmung mit der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung, daß wir dem Frieden mit unseren Feinden auf der Grundlage der Unverletzlichkeit des Reichsgebietes und der Rückgabe der deutschen Kolonien zustimmen. Die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Belgiens erfordert die wirkliche Neutralität und Wahrung des kulturellen und innerpolitischen Selbstbestimmungsrechtes des flämischen Volkes.

2. Die durch die Friedensverträge mit Rußland festgestellte Lösung der baltischen Randstaaten von Rußland, die dem Willen ihrer Völker entspricht, bildet die Grundlage für ein wirtschaftliches Zusammenwirken und die gegenseitige Sicherung dieser Staaten und des Deutschen Reiches. Eine den Wünschen beider Teile entsprechende enge politische und militärische Verbindung des Baltikums und Ostpreußens mit Deutschland ist dadurch durchzuführen. Der Weltfriedensvertrag darf diese Ergebnisse nicht gefährden.

3. Wir treten für eine tatkräftige Beteiligung Deutschlands an jeder den dauernden Frieden fördernden zwischenstaatlichen Vereinbarung bei. Daher begrüßen wir den Gedanken eines Völkerbundes, der künftige Kriege durch ständige Schiedsgerichte sowie die gleichzeitige gegenseitige Begrenzung der Rüstungen verhüten soll. Jeder Wirtschaftskrieg muß ausgeschlossen sein. Mit dem Völkerbund ist er ebenso unvereinbar wie irgendwelche Beschränkung der Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere.

Aus der Partei.

Parteitag in Oesterreich. Vom 31. Oktober bis zum 3. November findet in Wien der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich statt. Die Tagesordnung umfaßt außer der Konstituierung und außer den Berichten des Parteivorstandes und der Kontrolle die folgenden interessanten Gegenstände: Der Frieden und die Internationale; Staat und Nationen in Oesterreich; Volksernährung und Arbeiterrecht; Der Wiederaufbau der Parteiorganisation. Ferner steht die Wahl der Parteivertretung auf der Tagesordnung.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 30. September

Zuweisung von Lebensmitteln an Schwerarbeiter.

Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Die Klagen über Verteilung der Zulagen an Schwer- und Rüstungsarbeiter mehren sich. Die Vermutungen, daß das Kontorpersonal und die Fabrikanten „das Fett abschöpfen“, bevor die eigentlichen Berechtigten an die Reihe kommen, sind nicht selten. Wir machen die Arbeiter und Arbeiterausschüsse daher wiederholt auf folgendes aufmerksam:

Am 18. April 1917 fand im Ministerium des Innern in Karlsruhe eine Sitzung statt, auf der zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschlossen wurde:

1. Ein Ausschuß aus je 3 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter wird unter Vorbehalt der Gewerbeinspektion zusammengetreten. (Es folgen nun die Erläuterungen, wie dieser Ausschuß bestimmt, wer Schwer- und Schwerstarbeiter ist.)

2. Sämtliche Bestimmungen und Zuschriften, welche in der Lebensmittelfrage seitens der Landesbehörde (Verorgungsstellen), des Kommunalverbandes oder der R.F.S. (Landesfettstelle) an die Firmen ergehen, sind auch dem Arbeiterausschuß — zu Händen des Vorsitzenden — oder in Werken, wo kein Arbeiterausschuß ist, an einen von der Arbeiterschaft zu bezeichnenden Vertreter zu richten. Bei den von den Landesverorgungsstellen, dem Kommunalverband der R.F.S. gelieferten Lebensmitteln ist anzugeben, zu welchen Höchstpreisen sie an die Arbeiterschaft abzugeben hat.

3. Die Zuweisung von Lebensmitteln an die einzelnen Werke hat, soweit nicht hinsichtlich einzelner Werke die Annahme ausdrücklich abgelehnt wird, in der Menge zu erfolgen, welche der anerkannten Zahl der von ihnen beschäftigten Schwer- und Rüstungsarbeiter entspricht.

4. Die beliefernden Firmen sind verpflichtet, einen vom Arbeiterausschuß, falls die Firma keinen Arbeiterausschuß besitzt, von der Arbeiterschaft bestellten Vertreter bei der Verteilung hinzuzuziehen. Der bezogene Arbeitervertreter erhält für die Zeit seiner Mitwirkung den gleichen Lohn, den er während dieser Zeit als Arbeiter verdient hätte. Bei der Verteilung von Lebensmitteln ist so zu verfahren, daß Doppelverorgung oder Ueber-

gebung einzelner bezugsberechtigter Arbeiter ausgeschlossen ist.

Zurufsetzung. Der „Staatsanzeiger“ teilt die Zurufsetzung des Oberbauamts Friedrich Kriebell mit. Oberbauamt Kriebell war im Jahre 1876 in den Staatsdienst eingetreten und nach seiner Tätigkeit als Bezirksbauinspektor in Wertheim und Baden im Jahre 1902 als technischer Referent für Bauwesen in das Finanzministerium berufen worden. Er wurde später zum Oberbauamt ernannt und gehörte als Kollegialmitglied der Fort- und Domänenverwaltung und der Ministerialkommission für das Hochbauwesen an.

Na. Vom Mieteinigungsamt. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß für den Fall der Kündigung oder Androhung derselben der Mieter unzulässig das Mieteinigungsamt Rathaus, 3. Stock, Zimmer 127 anrufen muß, wenn er Wert darauf legt, daß die Kündigung für unwirksam erklärt werden soll.

Die Auskunftsstelle über Verwundete und Vermisste und Hilfe für kriegsgefangene Deutsche (Bäbischer Landesverein vom Roten Kreuz) hat die Bürostunden ihrer Geschäftsstelle (Nationaler Frauendienst) Kronenstr. 24 vom 1. Oktober ab geändert. Die Zeiten sind aus der in diesem Blatt befindlichen Anzeige zu ersehen.

Galerie Moos. Eine größere Sonder-Ausstellung der Arbeiten von Gustav Wolf ist über den Monat Oktober in der Galerie Moos zu sehen. Dieselbe umfaßt Gemälde und Graphik aus einer Schaffenszeit von zwölf Jahren dieses eigenartigen Künstlers.

Von einer Eisenstange aufgespießt. Beim Uebersteigen eines Gartenzäunens glitt am Samstag nachmittag in der Geranienstraße ein 12 Jahre alter Volksschüler aus, fiel mit dem Leib in eine spitze Eisenstange und zog sich so erhebliche Verletzungen in der Bauchgegend zu, daß er mittelst Droschke ins städtische Krankenhaus verbracht werden mußte.

Letzte Nachrichten.

Das bulgarische Angebot abgelehnt.

Berlin, 28. Sept. Wie jetzt bekannt wird, hat die Entente das Angebot des Ministerpräsidenten Maslow abgelehnt. Der Führer der Ententeuppen hat erklärt, daß er nicht gewillt sei, Bulgarien eine Waffenruhe zu gewähren; dagegen haben sich unsere Feinde bereit erklärt, in Vorschlägen einzutreten.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 2,03 Meter, gef. 14 Zentimeter; Rehl 2,20 Meter, gef. 8 Zentimeter; Maxau 4,67 Meter, gef. 10 Zentimeter; Mannheim 3,89 Meter, gef. 12 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Anfertenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Bekanntmachung.

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend.

Die Ziehung der 4. Klasse der 12. Preussisch-Süddeutschen (238. Königl. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 8. und 9. Oktober 1918 stattfinden.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 4. Klasse hat bis spätestens Mittwoch, den 3. Oktober 1918, abends 6 Uhr, bei den zuständigen Großh. Badischen Lottereeinnehmern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.

Karlsruhe, den 27. September 1918. 5004

Großh. Landeshaupthasse als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie.

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.

Höchst- und Mindestpreise

Giltig in der Zeit vom 30. Sept. bis 6. Okt. 1918 einschließlich für die Stadt Karlsruhe und die Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe.

Gemüse	Pfg. Stück	Gemüse.	Pfg. Pfund
Blumenkohl	80-120	Sellerie mit Kraut	25
Winterkohl	15*	Rauch	30
Rotkraut	30	Schnittkohl	15
Weißkraut	14	Mangold	15
Wirsing	20	Kettig	5-15
Spinat	8*	Nadieschen, Wiener und	Pfund
Stangenbohnen, grün	60*	Widspfen	8-12
gelb	60*	Gurken	10-50
Speisemöhren, rot	15*	zum Einmachen	4-6*
gelb	11*	Kürbis	15
Karotten, lange u. runde	20	Tomaten	60
Rüben, rote	15*	Rhabarber	25*
weiße	8	Zwiebeln	50
Rohrabi	32*		
Bodenkohlrabi	10		
	Stück	Pflge.	
Kopfsalat	8-15	Pflerringe	70-80
Endivien-Salat	8-15	Steinpflge	80-70

In allen Waren sowohl auf den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen sind die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen.

Das Zurückhalten ongeleglich verkaufter Ware ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkte ist, muß von Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.

Die mit einem Stern versehenen Preise sind Höchstpreise. Karlsruhe, den 27. September 1918. 5008

Breisbrunnensstelle für Marktwaren.

Grossherz. Hoftheater.

Montag, den 30. September 1918. 4694

Montagsmiete Nr. 6.

Die Journalisten.

Lustspiel in 4 Akten von Gust. Freytag. Anfang: 7 Uhr. Ende: 10 Uhr.

Neueste

Kriegskarte.

Allgemeine Frontkarte des W.T.B., Ausgabe 19 umfänglich die Fronten Neuport (Nordsee) bis Velfort, G. Piave (Italien), Rußland, Ukraine (hier ist die Linie eingezogen, bis zu welcher unsere Truppen vorgebrungen waren, sowie im Friedensvertrag festgelegte Grenzlinie), und Kleinasien. Die Karte hat den Vorzug, daß die letzten Stellungen durch ein kräftige rote Linie markiert sind und es so ermöglicht, jede Frontveränderung auf Grund der Tagesberichte einzuzeichnen.

Der Preis von M. 1.— ist äußerst billig (Porto 10 Pfg.). Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24.

Gesucht

50 fleißige junge Mädchen

zum sofortigen Eintritt für unsere Nahrungsmittel-Fabrik. Arbeitsbuch u. Quittungskarte mitbringen.

Gesellschaft Sinner

Grünewinkel. 4920

Parteiliteratur

Zu beziehen von der Buchhdlg. Volksfreund Luisenstr. 24.

Blusen, Kostümstücke

Beize und Damenhüte nur neue moderne Sachen. Evers & Co. 6006 Strichstraße 39, 1. Et.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Carl-Buchhandlung besorgt werden.)

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 26. Heft vom 2. Band des 36. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zum fünfundsiebzigsten Geburtstag von Heinrich Dieck. Von Heinrich Gannow. — Der Aachener Konarak vom Jahre 1818. Eine Jahrhundertzeremonie. Von Edg. Steiger. — Zur Entwicklung der Gewerkschaftstheorie. Von Herrn Müller (Zürich). — Neuordnung der Zentrumspartei? Von A. Kempens. — Die Bevölkerungspolitik und die Frauen. Von Anna Blas. — Literarische Rundschau: Martin Andersen-Lerx. Seine Menschenfind. Von Karl Diegel. Professor Dr. Alwin Voigt, Deutsches Vogelleben. Von W. R. — Notizen: Beschäftigung der Frauen im deutschen Bergbau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,90 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pfg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Kriegsteuergesetze 1918. Inhalt: Außerordentliche Kriegsteuergesetze der Einzelpersonen und Gesellschaften. — Umsatzsteuer u. Zugsteuer. — Steuerflucht. — Errichtung eines Reichsfinanzhofes. — Neuer Posttarif. — Neuer Wechselstempelkurs. Verlag von A. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdener Str. 80. Preis 1,40 M. — Von den neuen Steuergesetzen wird jeder Steuerzahler betroffen. Besonders bemerkenswert ist die Zugsteuer und die weiter ausgedehnte und erhöhte Umsatzsteuer mit der Buchführungspflicht selbst für den kleinsten Gewerbetreibenden. Völlig neu ist für Einzelpersonen und Gesellschaften die Abgabepflicht vom Medreineinkommen, d. h. dem Unterschied zwischen dem Friedens- und dem Kriegseinkommen, ferner die Abgabepflicht vom Vermögen für das Rechnungsjahr 1918. — Der neue Posttarif, gültig ab 1. Oktober 1918, und der neue Wechselstempelkurs, gültig ab 1. August 1918, sind ebenfalls aufgenommen. Das handliche Büchlein ist jedem Steuerzahler, der sich vor Schäden schützen will, als nützlich zu empfehlen.

Deutsche Industriebeamten-Zeitung. Zeitschrift für die sozialen Interessen der technisch-industriellen Beamten. Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Erschienen ist die Nr. 19 des 14. Jahrgangs. Inhalt: Kleinbedelung im Großen. — Einigkeit macht stark. — Aus der Berufspraxis. — Landesfragen. — Landesarbeit. — Sozialpolitik. — Technisches Unterrichtsweesen. — Volkswirtschaft. — Literatur. — Aus dem Bundes-

Mitteilungen des Deutschen Werkbundes. Die künstlerische Ausstattung des eben ausgegebenen neuen Heftes hat Professor C. D. Geesche-Samburg übernommen, der sich hier mit einer neuen Drucktype einsetzt. Der Inhalt der Nummer ist sehr reichhaltig; neben einer Betrachtung zur Frage der Zugsteuer stehen interessante Beiträge zur Entwicklung des Lehrlingsweesens, zur Gestaltung der Submissionsfrage. Für diejenigen, die sich um die Fragen der Organisation innerhalb der Jungverordneten Bewegung bemühen, ist es wichtig, von den neuen Verträgen Kenntnis zu erhalten, daß innerhalb des Werkbundes „freie Gruppen“ zur Lösung bestimmter Aufgaben geschaffen werden sollen. Die neue Schrift enthält auch sonst wieder vielerlei Anregungen.

Daniels
Konfektions-Haus
 Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.
Mäntel, Paletots
Jackenkleider
Röcke, Blusen
 in guten Webstoffen und Seide.
Plüschgarnituren.
 Keine Ladenspesen. 8457

Stadt. Vierordtbad
 Kohlensäurebäder und elegante
Wannenbäder.
 I., II. und III. Klasse.
 Für Herren und Damen
 geöffnet Werktags vorm.
 7 1/2—1 Uhr, nachm. 3—8
 Uhr, Samstags abends
 bis 9 1/2 Uhr. Sonntags
 geschlossen.
 Mittags 1 bis 3 Uhr ge-
 schlossen. 2185

Leere
Holzgitterkisten
 für Kartoffel-Aufbewahrung be-
 sonders geeignet, sind zum Preis
 von 3 Mk. das Stück abzugeben.
 Stadt. Kartoffel-Amt
 Kaiserallee 11. 4999

Eine Putzfrau
 täglich für eine Stunde gesucht.
Wilh. Wolf jr.
 Kaiserstraße 82a. 4849

ULLSTEIN- SCHNITTMUSTER



eine neue Spezial-Abteilung
HERMANN TIETZ

5008

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Karlsruhe.



Unsere Mitgliedern die traurige
 Mitteilung, daß nach uns im dritten
 Vierteljahr 1918 zugegangenen Nach-
 richten folgende weiteren Mitglieder
 im Kampfe fürs Vaterland gefallen
 sind:

- Engel, Albert, Kernmacher**
geb. am 8. Juli 1900 zu Knetzingen
 - Fichtaler, Robert, Maschinenarbeiter**
geb. am 23. Februar 1877 zu Durlach
 - Gallus, Wilhelm, Schlosser**
geb. 12. Juni 1875 zu Durlach
 - Schwaiger, Friedrich, Blechner**
geb. 10. Januar 1886 zu Weingarten.
- Unsere Mitglieder bitten wir, den teuren Toten
 ein gutes Andenken zu bewahren.
 Die Ortsverwaltung.
 NB. Insgesamt beklagen wir den Verlust von
 163 Kollegen. 5002

Tüchtige Küfer und Hilfsarbeiter

können sofort eintreten bei
Gesellschaft Sinner, Karlsruhe-Grünwinkel
 Abteilung Marmelade. 4921

IX. Kriegsanleihe.

Wir nehmen Zeichnungen auf die **neue Kriegsanleihe**
 an. Die bei uns gezeichneten Beträge, die aus Einlageguthaben entnommen werden sollen, werden auf den 30. September abgerechnet, so daß unsere Zeichner bereits vom 1. Oktober ab in den Zinsgenuß von 5% bzw. 4 1/2% kommen.

Die Zeichnungen werden im **III. Stock von Karl-Friedrichstr. Nr. 8, Zimmer Nr. 170 — Eingang Zähringerstraße** — entgegen genommen. Die Sparbücher wollen mitgebracht werden, damit die Abrechnung sofort erfolgen kann.

Um die Möglichkeit zu bieten, auch Beträge unter 100 Mk. zur Kriegsanleihe zu zeichnen, geben wir wieder Scheine über 1 Mk., 2 Mk., 5 Mk., 10 Mk., 20 Mk. und 50 Mk. mit der Verpflichtung aus, die eingegangenen Beträge zur Zeichnung von Kriegsanleihe für die Sparkasse zu verwenden. Die Scheine werden vom 1. Oktober 1922 ab mit 1 Mk. 20 Pfg., 2 Mk. 40 Pfg., 5 Mk. 12 Pfg., 10 Pfg., 24 Mk. 50 Pfg. und 60 Mk. 70 Pfg. wieder eingelöst. Der Verkauf findet in den Geschäftsräumen der Sparkasse statt.

Karlsruhe, den 10. September 1918. 4888

Städtische Sparkasse.

Städtische Sparkasse Durlach

Wir nehmen Zeichnungen auf die

Neunte Kriegsanleihe

entgegen. Die Abschreibung des Zeichnungspreises in den Sparbüchern erfolgt sofort bei der Zeichnung. Die Sparbücher sind zu diesem Zwecke bei der Zeichnung vorzulegen. Die abgeschriebenen Beträge werden bis zum 27. Oktober 1918, dem Tage der Einzahlung bei der Reichsbank, als Einlageguthaben verzinnt, während von da ab die Verzinsung der Kriegsanleihe beginnt. 4899

Der Verwaltungsrat.

Bekanntmachung.

Im Hundezwinger des städt. Baumeisters, Schlachthausstraße 17 (zwischen Kaserne und Eisenbahn), befinden sich nachstehende herrenlose Hunde:

1. Pinscher, männlich.
 2. Pinscherbastard, männlich.
- Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 3 Tagen vom Eigentümer abgeholt sind getötet. 5003

Karlsruhe, 28. Sept. 1918.
 Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

Drucksachen fertige an

Vachdruckerei Volkshilfsbund.

Trennarbeit

für Frauen von Karlsruhe und Umgebung ist bei guter Bezahlung zu vergeben. 5007
Beschäftigungsverein des Bad. Frauenvereins
 Gte Kaiser- und Englerstraße.

Im Verlage des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Badens ist erschienen und durch unsere Zeitungsträgerinnen sowie durch die Parteilbuchhandlung in Karlsruhe zu beziehen:

Badischer Volks-Kalender

für das Jahr 1919.

Preis 75 Pfg.

Nach auswärts und ins Feld 15 Pfg. Porto.
 Für Wiederverkäufer Rabatt.

Badisch. Landesverein vom Roten Kreuz

Abteilung:
Auskunftsstelle für Verwundete und Vermisste
Hilfe für kriegsgefangene Deutsche
 Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, Kronenstraße 24, vom 1. Oktober ab geöffnet:
 vorm. von 10—12 Uhr,
 nachm. von 3—5 Uhr und
 Samstags von 10—12 Uhr. 5010

Bekanntmachung.

Die Leistung des Geschworenen- und Schöffendienstes betr.

Die Urliste für den Geschworenen- und Schöffendienst liegt vom 30. September bis einschließlich 5. Oktober ds. Jrs. Karl-Friedrichstraße 8, IV. Stock, Zimmer Nr. 178 — Eingang von der Zähringerstraße — zu jedermanns Einsicht offen. Etwasige Einsprachen gegen die Richtigkeit der Urliste können innerhalb dieser Frist schriftlich oder zu Protokoll daselbst erhoben werden.
 Karlsruhe, den 27. September 1918 5005

Das Bürgermeisteramt.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle, Wilhelmine Jacob, 70 Jahre alt, ohne Beruf, ledig, Josefine Lautemann, 78 Jahre alt, Witwe von Gg. Lautemann, Oberförster, Georg Roth, Händler, Ehemann, 50 Jahre alt.



Preis: Abg. 1. Jahrl. 3. 1.94 A bezin.

Eintritt

Stadt
 B. B. B.
 Kaiser hat
 folgenden
 getragen, de
 der Spitze
 Ihren Gründ
 höherem Verz
 der Dank des
 übernahme des
 Koffer und die
 immer sicher.
 immer als bis
 Vaterlandes m
 Kämmer, die
 weiterem K
 schichten der
 schließlichen,
 von Mir gewo
 In den Nachf
 tag hierfür
 Großes Ga
 geang
 B. B. B. Ver
 en Rücktri
 des Staat

* Noch bedo
 der Samstag
 langler" rid
 dem nahezu
 weichtagsaus
 Schömannes
 Hauptquartier
 Die Fallun
 enthält eine
 Da f e m e d
 endlich, daß
 der Mitarbeit
 gegen und Wä
 und, in weiter
 und Pflichten
 übererlassens,
 nichts für Bre
 demlich, daß
 nicht die A u s
 stehende preuß
 tritt wohl in
 Kaisers", aber
 gewalt einen
 lbe. Es fan
 dieses Ostererl
 darf erschütter
 Feillich, jeb
 nehmen. Wir
 wachte aller
 auf uns ein
 werden, ob
 zu gewinnen,
 der charakt
 rung bis dato
 nicht, diese ab
 stellung zum
 System muß j
 Personen in
 Der künftige
 Prinzip auf
 und vor dem
 Mini
 gen sind. Will
 Demokratie das
 um Etliche lasse
 mit übernehme
 jenen die Be
 herie System
 Die Konjer
 Diktator
 Angeln mit di
 mögen?

B
 Berlin, 1.
 entlegamm.)
 jense der füb
 Wigelanglers
 xions minist